

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen****Deutsche Bahn: Staatsmonopol auf Abwegen**

Die Absicht der Deutschen Bahn (DB), die dem Bund gehört, als „global player“ im internationalen Logistikgeschäft eine Spitzenstellung zu erreichen, droht das bisherige Kerngeschäft der DB, den Nah-, Fern- und Güterverkehr in Deutschland zu gewährleisten, zu gefährden.

Die geplante Beteiligung der Deutschen Bahn (DB) an der Hamburger Lagerhausgesellschaft (HHLA) ist abzulehnen. Sie verzerrt den Wettbewerb zwischen den deutschen Hafenstandorten und kann die Position der Nordwestregion im Ausbau des Netzes für einen leistungsfähigen Güterverkehr und Personenverkehr auf der Schiene verschlechtern.

Wenn diese Geschäftspolitik der DB die Billigung durch Bundestag und Bundesrat findet, dann könnte die DB einseitige regionale Strukturpolitik zugunsten Hamburgs und zu Lasten der Häfen in Bremerhaven, Bremen und Wilhelmshaven und der Bremer Lagerhausgesellschaft betreiben. Die Deutsche Bahn verfügt noch immer über das Monopol des Schienennetzes auch in der Nordwestregion. Durch die Verfügung der DB über das bundeseigene Schienennetz hätte die DB die Möglichkeit, für Konkurrenten den Zugang zu behindern und damit den Wettbewerb zu verzerren.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. über den Bundesrat und über die Bundesregierung zu verhindern, dass die bundeseigene Bahn durch innerdeutsche Beteiligungen oder Konzernsitzverlagerungen eine einseitige regionale Strukturpolitik betreibt,
2. sich im Bundesrat und bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das bundeseigene Schienennetz aus dem DB-Konzern ausgegliedert wird und ein diskriminierungsfreier Zugang zu den bundeseigenen Schienenstrecken durch die Einrichtung einer Bundesnetzagentur ermöglicht wird.

Karin Krusche, Klaus Möhle,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen